



Nach der Neuausrichtung: UNAMID justiert ihre Rolle

Am 31. Dezember 2017 endete die erste Phase der Neuausrichtung von UNAMID (*African Union-United Nations Hybrid Operation in Darfur*), die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) im Juni 2017 beschlossen hatte ([ZIF kompakt](#), November 2017). Einer UN-Bewertung zufolge haben sich die Schließung von *Team Sites* und die deutliche Reduzierung der uniformierten Komponenten bislang nicht negativ auf die Sicherheitslage ausgewirkt. Weiterhin prägen aber Ressourcenkonflikte und Menschenrechtsverletzungen das Sicherheitsbild. Inwiefern der Dialogprozess und das Entwaffnungsprogramm der Regierung (seit August 2017) nachhaltig für Frieden sorgen können, bleibt angesichts der weiterhin ungelösten politischen Situation offen.

Sicherheitssituation

- **Fortdauernde Gewalt** | Mit Ausnahme der Bergregion Jebel Marra konnten die Regierungstruppen die Rebellen zuletzt weitgehend besiegen und die territoriale Kontrolle in Darfur übernehmen (siehe UN-AU Dokument [S/2018/12](#)). Trotzdem bleibt die Sicherheitslage fragil. Interkommunale Konflikte und damit einhergehende Kriminalität nehmen zwar seit Mitte 2015 stetig ab, es fehlen aber weiterhin Maßnahmen zur Ursachenbekämpfung und nachhaltige Lösungen für die Rückführung von 2,7 Millionen [Binnenvertriebenen](#) (*Internally Displaced People, IDPs*). Auch die Verletzung von Menschenrechten, darunter willkürliche Verhaftungen und geschlechtsbezogene und sexualisierte Gewalt, dauert an und wird nicht geahndet.
- **Entwaffnungskampagne** | Im Zuge der Entwaffnung seit Mitte Oktober 2017 haben die *Rapid Support Forces* (RSF) der sudanesischen Regierung ihre Kontrolle über Milizgruppen konsolidiert und so die Sicherheitslage stabilisieren können. Die Ausweitung des Prozesses auf IDP-Camps, zu denen Regierungstruppen lange keinen Zugang hatten, hat allerdings zu erheblichen Spannungen geführt. Besonders in einem der größten IDP-Lager in Kalma, in dem die *Sudan Liberation Army/Abdul Wahid* (SLA-AW) ihren Stützpunkt hatte, hat sich die Lage verschlechtert.
- **Regionale Verflechtungen** | Sorge bereitet auch die regionale Sicherheitssituation ([Abschlussbericht](#) des Sanktionsausschusses vom 28. Dezember 2017). Im Mai 2017 fielen Rebellengruppen von Stützpunkten in Libyen (*Sudan Liberation Army/Minni Minawi*, SLA-MM) und Südsudan (*Justice and Equality Movement, JEM*) in Darfur ein. Durch eine Reihe bilateraler Treffen im November und Dezember 2017 strebte Sudan an, die Beziehungen zu Tschad, Südsudan und Uganda zu verbessern und die regionale Unterstützung für bewaffnete Gruppen in Darfur zu schwächen.

Politische und humanitäre Lage

- **Politischer Prozess** | Der politische Prozess zur Umsetzung des *Doha Document of Peace in Darfur* sowie des *Road Map Agreement*, den das *High-level Implementation Panel* der Afrikanischen Union im März 2016 verhandelt hat, geht nur schleppend voran. Obwohl die Ausarbeitung einer neuen Verfassung auf Grundlage des im Oktober 2017 beendeten „Nationalen Dialogs“ voranschreitet, gibt es keine greifbare Verbesserung für die Bevölkerung. Der unilaterale Waffenstillstand der Regierung und der größten Rebellengruppen wird regelmäßig verlängert ([aktuell bis zum 30. April 2018](#)), hat sich aber nicht in eine permanente Einstellung der Feindseligkeiten übersetzen lassen.
- **IDPs und Flüchtlinge** | Zusätzlich zu den 2,7 Millionen IDPs hat sich allein die Anzahl der Flüchtlinge aus dem benachbarten Südsudan im letzten Jahr auf über 190.000 fast verdoppelt ([S/2017/1113](#), 27. Dezember 2017). Nur ein Teil kann in von UNHCR oder der Regierung betriebenen Lagern versorgt werden. Über 80% der Flüchtlinge müssen Ressourcen mit bereits stark belasteten Gastgemeinden und IDPs teilen.
- **Zusammenarbeit mit der Regierung** | Der Zugang für die humanitäre Hilfe hat sich deutlich verbessert, doch behindert die Regierung Sudans weiterhin die Arbeit von UNAMID und der humanitären Akteure durch Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Verzögerungen bei Visaanträgen und Zollabfertigung.

Phasenweise Neuausrichtung von UNAMID

- **Strategic Review 2017** | Mit [S/RES/2363](#) verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat von UNAMID bis zum 30. Juni 2018 und beschloss zugleich eine Reduzierung und Neuausrichtung der Mission. Der neue zweigleisige Ansatz sieht vor, dass eine *Jebel Marra Task Force* (JMTF) in Brigadestärke zum Einsatz kommt, während UNAMID in anderen Regionen einen Peacebuilding-orientierten Ansatz verfolgt (insbesondere Schutz der Zivilbevölkerung und Mediation interkommunaler Konflikte). In der ersten Phase bis 31. Dezember 2017 ist die militärische Komponente um 28% (auf 11.461 Truppen), die UN-Polizei um 22% (auf 2.666 Beamte) und das *Civilian Staff* um 19% (auf rund 2.300 Mitarbeiter) reduziert worden.
- **Deutsche Beteiligung** | Von einer bisher genehmigten Obergrenze von 50 Soldaten hat Deutschland sechs Stabsoffiziere sowie sieben Polizeibeamte im Einsatz (Stand 31. Januar 2018). Deutschland ist weiterhin das einzige europäische Land, das sich mit uniformiertem Personal an UNAMID beteiligt.
- **Erste Bewertung** | Ein UN-Team befand am 04. Januar 2018 in seinem Bericht zur Umsetzung der Neuausrichtung, dass es zwar zu früh für eine endgültige Bewertung sei, die Reduzierung aber vorläufig keine negativen Auswirkungen auf die Sicherheitslage gehabt habe. In von der Mission verlassenen Gebieten hätten die sudanesischen Polizei und andere Sicherheitskräfte rasch die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit übernommen.
- **Peacebuilding** | UNAMID ist weiterhin mandatiert, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Polizei und rechtsstaatliche Institutionen zu unterstützen. Allerdings hat die Schließung von elf *Team Sites* dazu geführt, dass die Mission nicht in gleichem Maße in der Lage ist, Konflikte früh zu erkennen sowie Verletzungen von Menschenrechten und andere Übergriffe zu verifizieren. Auch die Fähigkeit, langfristig Kapazitätsaufbau zu betreiben, hat sich verringert.
- **Jebel Marra Task Force** | Die Entsendung der JMTF, die Aufgaben wie militärischen Schutz, Räumung explosiver Munitionsrückstände und Nothilfeleistungen wahrnehmen sollte, hat sich verzögert. Erst Ende Januar 2018 wurde ein *Memorandum of Understanding* zwischen der Regierung und UNAMID unterzeichnet und ein entsprechendes Grundstück für die Errichtung der [Temporary Operating Base](#) in Golo zur Verfügung gestellt.
- **Phase 2** | Die zweite Phase sieht eine weitere Reduzierung UNAMIDs um 2.700 Truppen, 300 Polizeibeamte und etwa 150 zivile Mitarbeiter bis zum 30. Juni 2018 vor. Geplant ist die Übergabe der Sicherheitsverantwortung von UNAMID-Truppen an geschlossene Polizeieinheiten der UN in sieben weiteren *Team Sites*.

Ausblick

- Die aktuelle Situation in Darfur zeigt, wie schwierig es ist, das internationale politische und finanzielle Engagement in der Transition von einem Friedenseinsatz zu einer Nachfolgemission aufrechtzuerhalten. So warnt der UN-Sicherheitsrat in seinem *Presidential Statement* vom 01. Februar 2018 ([S/PRST/2018/4](#)), dass es an Geldern fehle, um das Doha-Dokument, weitere Dialogprozesse und die geplanten Peacebuilding-Maßnahmen erfolgreich umzusetzen und einen Rückfall in den Konflikt zu verhindern.
- Die sudanesischen Regierung scheint die Zusammenarbeit mit UNAMID als das beste Mittel anzusehen, um ihr langfristiges Ziel – den Abzug der Mission – zu erreichen. Dementsprechend äußerte der sudanesischen Vertreter im UN-Sicherheitsrat seine Erwartung, dass mit Ende der zweiten Phase der Rückzug der gesamten Mission eingeleitet werden würde. Zunächst aber hat der Sicherheitsrat den Generalsekretär bis zum 01. Juni 2018 um eine weitere Einschätzung zur Auswirkung der Neuausrichtung sowie Empfehlungen für einen neuen Ansatz mit justierten Prioritäten für die weitere Arbeit UNAMIDs gebeten.